

16. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. März 1961

184/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. P i f f l - P e r č e v i č , Dr. Ing. Johanna B a y e r ,
W e i d i n g e r , H a r w a l i k und Genossen
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten,
betreffend die Verleihung eines deutschen Ordens an Landeshauptmann
Josef Krainer.

-

Nach einer Meldung der "Wiener Zeitung" vom 9. März 1961 hat der deutsche Botschafter Dr. Mueller-Graaf dem Landeshauptmann von Steiermark, Ökonomierat Josef Krainer, am 8. März 1961 das diesem vom Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland verliehene Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht.

Dabei handelt es sich um die gleiche Auszeichnung, deren Großkreuz seinerzeit dem Herrn Vizekanzler Dr. P i f t e r m a n n und dem Herrn Aussenminister Dr. Kreisky vom deutschen Bundespräsidenten verliehen wurde.

Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, dass die Verleihung eines ausländischen Ordens erst nach Zustimmung durch die zuständigen österreichischen Stellen erfolgt. Es muss daher umso mehr verwundern, wenn ausgerechnet die dem Herrn Aussenminister und dem Herrn Vizekanzler politisch nahestehende "Arbeiter-Zeitung" in ihrer Nummer vom 10. März 1961 in einem Leitartikel die Verleihung des vorerwähnten Ordens an Landeshauptmann Krainer dazu benützt, den steiermärkischen Landeshauptmann in einer unqualifizierbaren Weise anzugreifen, die nicht nur jede politische Fairneß vermissen lässt, sondern darüber hinaus geeignet ist, die freundnachbarlichen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu gefährden.

Es heisst in dem erwähnten Artikel u.a.:

"Ihn auszeichnen, heisst den Gegnern der demokratischen Koalitionsregierung anerkennend auf die Schulter klopfen - jener österreichischen Regierungsform, von der man weiß, dass sie auch dem deutschen Bundeskanzler Adenauer ein Dorn im Auge ist. Und zwar deshalb, weil sie der Welt den Erfolg der demokratischen Zusammenarbeit vordemonstriert, die er dem deutschen Volk konsequent, ja verbissen verweigert hat. Wer Herrn Krainer auszeichnet, der demonstriert damit nicht nur gegen 90 Prozent des österreichischen Volkes, nicht nur gegen die österreichischen Sozialisten, die an Wählerstimmen stärkste Partei unserer Republik - der demonstriert auch gegen Raab und seine Regierung, gegen seine Partei und gegen seinen Nachfolger in der österreichischen Koalitionsregierung."

17. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. März 1961

Oder:

"Mit anderen Worten, mit denen wir nicht um den Brei herumschleichen, sondern mit denen wir das Kind beim rechten Namen nennen wollen: Man wendet sich mit einer solchen Geste an diejenigen, die noch immer nicht wissen, ob sie Österreicher sein wollen oder lieber "Großdeutsche" wären. Das ist, angesichts einer heiklen Vergangenheit, wahrlich ein doppelter Mangel an Diplomatie: In diesem Punkt sollte das offizielle Deutschland von heute peinlichst alles vermeiden, was wie ein Rückfall in vergangene Unsitten der Einmischung in österreichische Angelegenheiten aussieht."

Den Höhepunkt der politischen Brunnenvergiftung bildet der Schlußsatz, der lautet:

"Denn nichts liegt näher als die Annahme, dass, wer in dieser Situation vom Ausland Orden bekommt, geneigt oder gar gewohnt ist, von dort auch Orden anzunehmen."

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten folgende

A n f r a g e n :

1) Ist der Herr Bundesminister bereit, in aller Öffentlichkeit festzustellen, dass die Annahme eines deutschen Ordens selbstverständlich keine Verpflichtung einschliesst, aus dem Ausland auch Orden entgegenzunehmen?

Dies sollte umso leichter möglich sein, weil der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten selbst Träger des Großkreuzes des gleichen Ordens ist.

2) Ist der Herr Bundesminister bereit, auf die ihm politisch nahestehende "Arbeiter-Zeitung" dahingehend einzuwirken, dass Brunnenvergiftungen wie der mit "O.P." gezeichnete Leitartikel vom 10. März 1961 mit dem Titel "Der ausgezeichnete Herr Krainer" in Zukunft unterbleiben, weil solche Mißbräuche der Pressefreiheit geeignet sind, der österreichischen Aussenpolitik schweren Schaden zuzufügen?

.....